

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 4/21

2. März 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

nach den positiven Entwicklungen zuletzt steigen die Infektionszahlen wieder an und die Virus-Mutationen verbreiten sich. Sicher: Der Ruf nach Öffnungen ist verständlich. Doch wir müssen in den kommenden Wochen und Monaten jeden Schritt an aktuelle Entwicklungen anpassen. Gleichzeitig brauchen die Menschen klare Perspektiven. Deshalb wollen wir Grundrechtseinschränkungen nun an mehr als reine Inzidenzwerte knüpfen: auch die Zahl der bereits Geimpften und die Auslastung der Krankenhäuser sollen Orientierung für Einschränkungen sein. Die Impfreihenfolge ist nicht festgeschrieben, so werden Lehrer und Lehrerinnen sowie Kitaerzieherinnen und –erzieher jetzt vorgezogen. Wir wollen einen gesetzlichen Vorbehalt für die Verordnung der Impfpriorisierung. Und um Familien zu helfen, brauchen wir noch einmal eine Erhöhung der Kinderkrankentage.



Es ist elementar, bei all diesen Fragen fachübergreifend und koordiniert vorzugehen. Deshalb werden wir heute die Einsetzung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion „Folgen der Covid-19-Pandemie“ beschließen. Vor allem müssen wir aber viel schneller impfen und gleichzeitig unsere Teststrategie an die vorsichtigen Öffnungsschritte anpassen. In vielen deutschen Impfzentren fehlen Impfstoffe. Auf Vorschlag von Olaf Scholz hat die Bundesregierung nun einen Sonderbeauftragten für die Impfstoffproduktion ernannt: Christoph Krupp soll dafür sorgen, dass die Produktion rundläuft und die Versorgung mit Vakzinen langfristig abgesichert ist. Dass den Impfstoffunternehmen mit Krupp nun ein zentraler Ansprechpartner zur Verfügung steht, ist ein wichtiger Baustein bei der Optimierung der deutschen Impfstrategie.

Manche Menschen, die ihren Lebensunterhalt bisher aus eigener Kraft bestreiten konnten, sind wegen der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie plötzlich auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Mit dem vereinfachten Zugang zur Grundsicherung haben wir ihnen Sicherheit gegeben. Mit dem Sozialschutzpaket III verlängern wir diese Unterstützung noch einmal bis zum 31. Dezember 2021. Viele Unternehmen und Selbstständige sind von der Corona-Krise schwer gebeutelt. Olaf Scholz hatte deshalb die Überbrückungshilfen III nochmals ausgeweitet. Seit Wochen konnten die Gelder jedoch nicht beantragt werden, weil die dazugehörige Plattform des Bundeswirtschaftsministeriums nicht zur Verfügung stand. Wir haben hier Druck gemacht, mit Erfolg: Ab sofort können die Anträge gestellt werden, die Gelder können fließen. Viel Freude beim Lesen des aktuellen Newsletters.

Mit herzlichen Grüßen



Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostsee-Parlamentarierkonferenz
- Seite 3** — Virtuelle Johannisbeerschorle mit den Jusos Hameln-Pyrmont
 - Zoom-Gespräch mit Lena und Lina aus dem Gymnasium in Meine bei Gifhorn
- Seite 4** — Sitzung des Arbeitskreises Europa des SPD-Bezirks Hannover
 - Gespräch mit dem irischen Botschafter Dr. Nicholas O'Brien zum Brexit
- Seite 5** — Themenausblick Bundestag
- Seite 6** — Wahl in den Vorstand des Deutsch-Moldauischen Forums

Ihr findet mich auch bei :



SITZUNG DES STÄNDIGEN AUSSCHUSSES DER OSTSEE- PARLAMANTARIERKONFERENZ

Die vergangene Woche hat für mich mit einer virtuellen Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostsee-Parlamentarierkonferenz begonnen. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten der Ostsee-Anrainer konnte ich ein breites Spektrum an Themen diskutieren, die für uns alle aktuell sind. Dr. Lilian Busse, Vorsitzende der Ostsee-Schutz-Kommission HELCOM hat uns über die neuesten Entwicklungen in der Frage der Munition in der Ostsee informiert. Außerdem haben wir die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Region der Ostsee intensiv analysiert. Dazu hatten wir Dr. Catherine Smallwood, Leitende Notlagenbeauftragte beim WHO-Regionalbüro

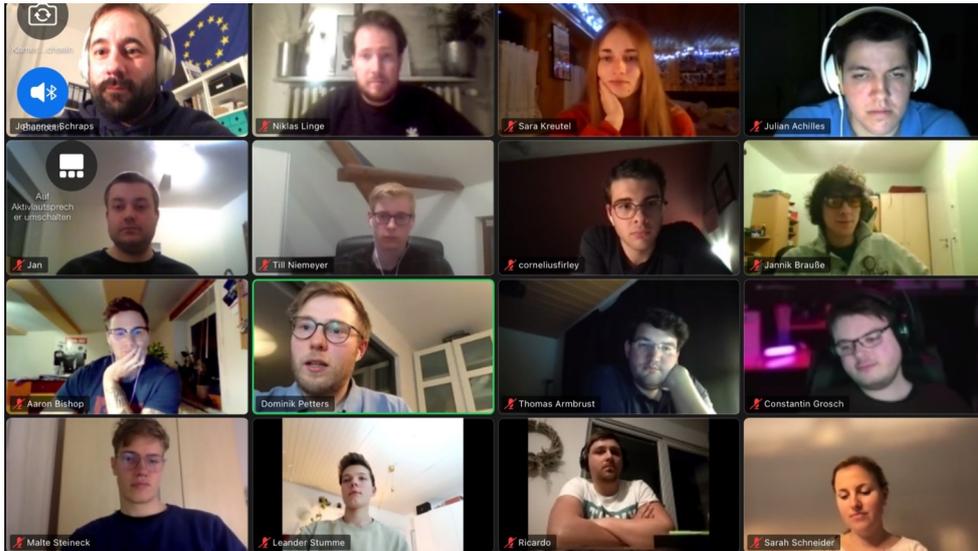


für Europa und Ülla-Karin Nurm, Direktorin des Instituts der Nördlichen Dimension, zu Gast. Das war ein spannender Austausch und ich freue mich sehr, dass es auch virtuell so wunderbar klappt. Nichtsdes-

totrotz hoffe ich, dass wir uns dieses Jahr noch alle persönlich treffen können - zum Beispiel bei der Jahrestagung, die für August 2021 in der schwedischen Hauptstadt Stockholm geplant ist.



VIRTUELLE JOHANNISBEERSCHORLE MIT DEN JUSOS HAMELN-PYRMONT

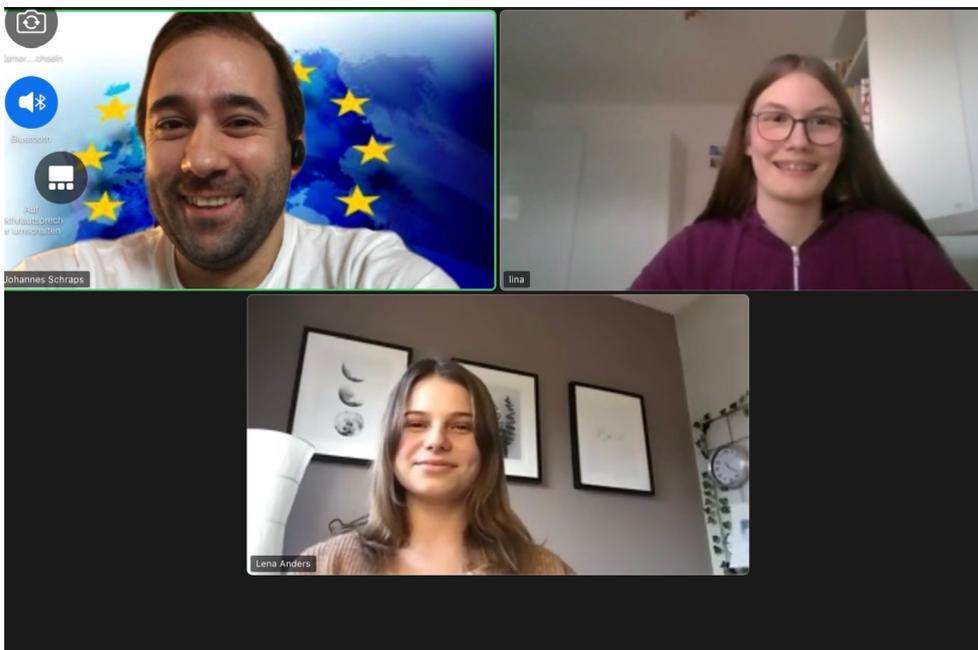


Auch mit den Jusos aus dem Unterbezirk Hameln-Pyrmont habe

ich mich zu einer virtuellen Johannisbeerschorle getroffen.

Konkret ging es dieses Mal um die Frage: „Wie funktioniert eigentlich Ratsarbeit?“ Unser Emmerthaler Bürgermeisterkandidat Dominik Petters, sowie Sarah Schneider, Jan Hühnerberg und Constantin Grosch haben aus ihren Erfahrungen in der Ratsarbeit in Orts-, Stadt- und Gemeinderäten sowie im Kreistag berichtet. Schön, dass viele Jusos es ihnen nachmachen und bei der Kommunalwahl im Herbst für die kommunalen Räte kandidieren wollen. Auf geht's!

ZOOM-GESPRÄCH MIT LENA UND LINA AUS MEINE



Lena und Lina gehen im niedersächsischen Meine (das liegt zwischen Braunschweig und Gifhorn) in die 10. Klasse des dortigen Philipp-Melanchthon Gymnasiums. Im Unterricht haben sich die beiden Schülerinnen

mit dem Deutschen Bundestag beschäftigt und sich für ein Referat mit zahlreichen Fragen auseinander gesetzt: Wie sieht die Arbeit im Parlament überhaupt aus? Wie kommt es zu einem Beschluss im Bundestag? Gibt es

einen bestimmten Weg, auf dem die Abgeordneten zu einer Entscheidung kommen? Um Fragen wie diese zu klären, hatten sich die beiden an mich gewandt und ich habe ihnen natürlich gerne Rede und Antwort gestanden. Herausgekommen ist ein tolles Gespräch, das die beiden Schülerinnen für ihr Referat nutzen konnten. Gestern konnten mir Lena und Lina über ganz viel positives Feedback und eine sehr gute Note für ihr Referat berichten. Das war schön zu hören. Ich freue mich immer sehr, wenn gerade junge Menschen den Mut haben, sich einfach direkt an einen Bundestagsabgeordneten zu wenden und alle Fragen zu stellen, die sie beschäftigen. Dafür stehe ich auch immer gerne zur Verfügung.

SITZUNG DES ARBEITSKREISES EUROPA DES SPD-BEZIRKS HANNOVER



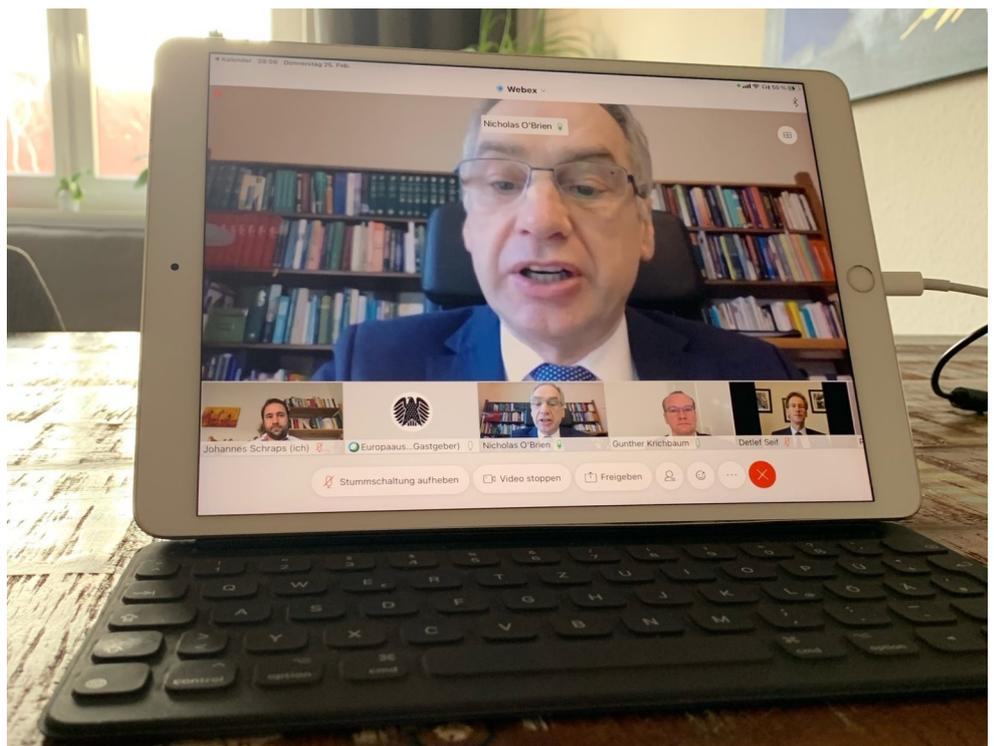
Europa des SPD-Bezirks Hannover haben wir diese Möglichkeit genutzt und Hubert Faustmann, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung auf Zypern, für eine Diskussion über die aktuelle Lage im Mittelmeer zu Gast gehabt. Der Konflikt zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern um die Erdgasreserven im Mittelmeer sorgt bereits seit Jahren für Spannungen in der Region. Hubert Faustmann ist ein großartiger Experte für die Region. Ich freue mich, wenn die Kontakte, die ich durch meine Tätigkeit im Europaausschuss und im Auswärtigen Ausschuss gewonnen habe, auch für die Parteiarbeit hilfreich sind. Schön, dass so viele Genossinnen und Genossen aus dem Weserbergland mit dabei waren.

Zu den Vorteilen des digitalen Arbeitens gehört definitiv, dass man Expertinnen und Experten aus der

ganzen Welt ohne großen Aufwand zu Veranstaltungen einladen kann. Bei der Sitzung des Arbeitskreises

GESPRÄCH MIT DEM IRISCHEN BOTSCHAFTER DR. NICHOLAS O'BRIEN

Mit dem Brexit wurden wir mit sehr vielen Fragen und Problemen konfrontiert, die uns auch nach dem Austritt weiter beschäftigen. Viele dieser Fragen sind mit Irland als direktem Nachbarn der Vereinigten Königreichs verbunden. Deswegen haben wir uns als Mitglieder des Europaausschusses zu einem digitalen Gespräch mit dem irischen Botschafter Dr. Nicholas O'Brien getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen vor allem die Auswirkungen des Brexit auf das Karfreitagsabkommen, auf Fischerei und Handel. Viele Iren waren und sind gegen den Brexit. Dass sich die EU und Großbritannien zumindest auf einen Handelsvertrag einigen konnten, sorgte in der Republik für Erleichterung. Jedoch bleiben viele



Fragen bestehen. Deswegen bleibt ein enger Austausch unabdingbar.

Reform für ein modernes Personalvertretungsrecht des Bundes

In erster Lesung wird ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur umfassenden Überarbeitung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) beraten. Ziel ist es, die Handlungsmöglichkeiten der Personalräte zu verbessern und die Beteiligung der Beschäftigten in wichtigen Bereichen zu stärken. Personalvertretungen sollen künftig mehr Mitsprache haben – bei flexiblen Arbeitszeiten und mobilem Arbeiten sowie bei Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beim Gesundheits- und Arbeitsschutz und bei Privatisierungen. Einen Schwerpunkt der Novelle bildet die Digitalisierung der Personalratsarbeit. So sollen Personalratsitzungen auch künftig als Video- und Telefonkonferenzen rechtsicher stattfinden können – nicht nur in Pandemie-Zeiten. Die SPD-Fraktion will im parlamentarischen Verfahren sicherstellen, dass mit der Reform die Arbeit der Personalräte erleichtert wird. Das bedeutet auch, dass die Mitarbeitenden im Rundfunk, sog. „Feste Freie“, künftig im BPersVG als Beschäftigte erfasst werden. So können auch sie von den Personalräten vertreten werden. Der Entwurf enthält hierzu zwar einen ersten Regelungsvorschlag, geht unseres Erachtens aber nicht weit genug.

Geschlechterquote für Vorstände kommt

Noch immer sind Vorstandsposten in Deutschland überwiegend in Männerhand: Bei den 105 börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmen beträgt der Frauenanteil in den Vor-

ständen nur 11,5 Prozent (Stand: November 2020). Und der Großteil der Unternehmen, die zur Festlegung einer Zielgröße verpflichtet sind, plant offenbar auch keine Frau bei der Besetzung von Vorstandsposten ein: Rund 78 Prozent der Unternehmen setzen sich entweder gar keine oder die Zielgröße „null Frauen“.

Wir müssen die Unternehmen deshalb stärker in die Verantwortung nehmen. Mit dem Entwurf für das Zweite Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II), diese Woche in erster Lesung, schreibt die Regierung eine feste Quote vor: So sollen die 105 börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig und rein männlich besetzt ist.

Und in Zukunft müssen die börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen eine Zielgröße Null in jedem Fall begründen – für den Aufsichtsrat, Vorstand oder eine der beiden obersten Leitungsebenen unterhalb des Vorstands. Wer nicht begründet oder sich weiterhin keine Zielgröße setzt, dem drohen empfindliche Bußgelder.

Für die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes sieht der Entwurf eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen vor. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts wie den Krankenkassen und bei den Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie bei der Bundesagentur für Arbeit will die Regierung ebenfalls eine Mindestbeteiligung einführen.

Und im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis zum Jahr 2025

Führungspositionen hälftig mit Frauen besetzt sein.

Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien verwirklichen

Der Koalitionsantrag greift ein wichtiges und aktuelles Thema auf: Auch im Kultur- und Medienbereich klafft eine Geschlechterlücke. Ob es um Honorare und Gehälter, Auftritts- oder Ausstellungsmöglichkeiten, die Vergabe von Preisen und Stipendien oder um die Besetzung von Führungspositionen in Kultureinrichtungen und -unternehmen geht – Frauen haben schlechtere Chancen als Männer, verdienen weniger Gehalt und sind deutlich weniger sichtbar. Ein Beispiel: In der Darstellenden Kunst sind zwar drei Viertel der Studierenden Frauen, aber nicht einmal ein Viertel der Theater werden von Intendantinnen geleitet. Um diese Unwucht zu beheben, sollten Bund und Länder gemeinsam weitere Schritte zur Gleichstellung in Kultur und Medien unternehmen: So sollen die Einführung einer Expertinnen-Datenbank für alle Sparten der Kultur und der Medien geprüft und die Datenerhebungen des Deutschen Kulturrates zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Kultur- und Medienschaaffenden zu einem dauerhaften Gender-Monitoring ausgebaut werden. Als Reaktion auf die MeToo-Debatte war es richtig, mit „Themis“ eine überbetriebliche Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt ins Leben zu rufen. Die Zahlen der Beratungs- und Unterstützungsanfragen zeigen: Der Bedarf ist groß. Deshalb wollen wir Themis erweitern und auch künftig finanziell unterstützen.

WAHL IN DEN VORSTAND DES DEUTSCH-MOLDAUISCHEN FORUMS



Als Berichterstatter für die Länder der Östlichen Partnerschaft im Europaausschuss verfolge ich Ereignisse in diesen Ländern besonders intensiv. Auch versuche ich die Beziehungen zwischen diesen Staaten und Deutschland auf anderen Ebenen zu pflegen. Moldau ist neben Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien und der Ukraine eines dieser Länder und auch eines, das häufig übersehen wird, obwohl es in unmittelbarer Nähe zur Europäischen Union liegt. Um die deutsch-moldauischen Beziehungen noch intensiver im Blick zu behalten, bin ich dem Deutsch-Moldauischen Forum beigetreten und wurde so-

gleich in den Vorstand gewählt. Das Ziel des Vereins ist es, das Verständnis für die Republik Moldau in Deutschland und andersherum das Verständnis für Deutschland in der Republik Moldau zu fördern sowie einen Beitrag zu den deutsch-moldauischen Beziehungen zu leisten. Dafür stößt das Forum länderübergreifende Aktivitäten an und setzt diese gemeinsam mit seiner Schwesterorganisation in der Republik Moldau sowie mit Projektpartnern um. Neben meinem SPD-Kollegen Fritz Felgentreu, der den Vorsitz im Vorstand übernimmt, werde ich das Forum nun in Zukunft unterstützen.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein,

Dr. Irina Knyazeva